



Zur Sache: Spendenrecht neu geregelt

Ab dem 1. Januar 2000 können alle gemeinnützigen Vereine Spenden direkt einnehmen und entsprechende Spendebescheinigungen ausstellen. Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit dem Bundesrat das sogenannte "Durchlaufspendungsverfahren" abgeschafft. Bislang musste in vielen Fällen eine Spende erst von der Gemeinde formal eingenommen werden, in der der Verein seinen Sitz hat. Die Gemeinde leitete dann die Spenden an den Verein weiter und stellte die Bescheinigung aus. Dieses bürokratische Verfahren ist abgeschafft. Damit sind die Gemeinden entlastet und die Vereine gestärkt. In der Vergangenheit habe ich mich für die Neuregelung stark gemacht, die Regelung ist ein Erfolg für die vielen ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen meines Wahlkreises.

Für die Ausstellung von Spendenbescheinigungen sind verbindliche Muster zu nutzen, die bei den Gemeinden erhältlich sind. Die Vereine sollten sich schnell solche Muster bei ihrer Gemeindeverwaltung besorgen.

Auch die steuerliche Abzugsfähigkeit der Mitgliedsbeiträge für Vereine ist neu geregelt worden. So können Kulturvereinigungen,

bei denen die Mitglieder keine besondere Gegenleistung für ihren Mitgliedsbeitrag erhalten, also in erster Linie Fördervereine, Spendenbescheinigungen für Mitgliedsbeiträge ausstellen. Dies gilt allerdings nicht für Sportvereine, weil mit dem Beitrag auch die kostenlose Nutzung des Vereinsangebotes abgegolten wird.

Als Geschäftsführer eines Sportvereins und Vorsitzender eines Schützenvereins habe ich in der Vergangenheit die Sorgen und Nöte der Vereine "vor Ort hautnah" erfahren können. Ich habe mich deshalb frühzeitig der Arbeitsgruppe "Ehrenamtsförderung" meiner Fraktion angeschlossen, um schrittweise eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit mitgestalten zu können. Die obige Entscheidung kam zum "Tag des Ehrenamtes", der jährlich am 5. Dezember begangen wird, gerade recht.

Aktuelle Informationen gibt es auf der Homepage des LSB Niedersachsen (www.lsb-niedersachsen.de). Für Fragen steht auch die Finanzabteilung des LSB zur Verfügung (Tel. 0511-1268-110, Fax 0511-1268-123).

Moment mal...

Der Weg der CDU

1. Unser Weg mit Kohl
2. ~~Unser~~ Weg mit Kohl
3. Unser Weg mit Schäuble
4. ~~Unser~~ Weg mit Schäuble
5. Unser Weg mit ...
6. ~~Unser~~ Weg mit ...

In dieser Ausgabe:

| | |
|-----------------------------|---|
| Ökosteuer | 2 |
| 50 Jahre Petitionsausschuss | 3 |
| Zur CDU | 4 |
| In eigener Sache | 4 |



Ökosteuer: Lobbyisten und Populismus statt Sachlichkeit und Vernunft

Geht es um die Ökosteuer, dann mischen sich Unkenntnis über die Fakten mit Weglassen von Zusammenhängen und emotionaler Verärgerung. So spricht der FDP-Abgeordnete und Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Otto Solms vom Abkassieren der Autofahrer - vor wenigen Monaten noch bezeichnete er das Ökosteuermodell im Grundsatz als richtig. Von Günter Rexrodt über Angela Merkel bis zu Wolfgang Schäuble haben die ganzen standfesten Politiker der CDU/CSU und FDP 1995 Vorschläge gemacht, bei denen die Ökosteuer weit stärker gestiegen wäre. Aber jetzt können sie sich an nichts erinnern.

Natürlich ist es legitim, Bedenken gegen die Ökosteuer zu äußern, aber bitte mit Sachlichkeit und nicht mit schierem Populismus oder Opportunismus. Tatsachen sind:

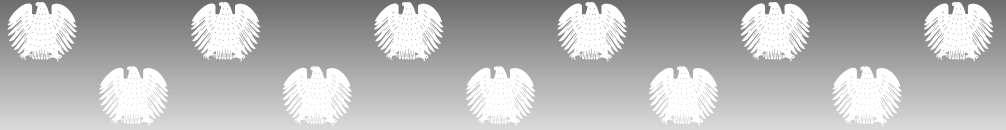
- Die Mehrheit der EU-Staaten hat längst eine Ökosteuer eingeführt. Beim Benzinpreis liegen andere Länder deutlich höher.
- In der EU wollen 14 von 15 Staaten eine einheitliche EU-weite Ökosteuer, nur die Spanische Regierung blockiert das Vorgehen.
- Im Frühjahr, nachdem bereits die erste Stufe der Ökosteuer in Kraft getreten war, lag der Preis für Super bleifrei in weiten Teilen der Bundesrepublik bei rund 1,60 Mark. Jetzt liegt er teilweise über zwei Mark, obwohl der Anstieg der Ökosteuer nur sechs Pfennig ausmacht. Mindestens 30 Pfennig gehen also auf die Preisgestaltung der Mineralölkonzerne zurück, die die Gunst der Stunde nutzen und der Politik die Schuld geben.
- Der Güterverkehr ist durch die Konkurrenz

von Sozial- und Umweltdumping in einer schwierigen Wettbewerbssituation. Deshalb wurde bei den Beratungen auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hier eine europäische Lösung angestrebt wird, wozu die Bundesregierung Vorschläge macht. Interessanterweise wurde nicht öffentlich darüber berichtet, dass der Bundesverband für den Güterverkehr, der das Gutachten zur Ökosteuer in Auftrag gegeben hat, im Grundsatz die Ökosteuer nicht ablehnt.

- Es ist einfach eine Lüge, wenn behauptet wird, mit der Ökosteuer soll die öffentliche Kasse gefüllt werden. Mit der Ausnahme von 200 Millionen Mark für die Förderung der regenerativen Energien wird das gesamte Aufkommen zurückgegeben.

Auch die anderen Bedenken einzelner Branchen waren bekannt, aber hier zeigt sich gerade das Dilemma, das dadurch verschuldet wurde: Eine klare Regelung, die alle Bereiche umfasst, wäre besser gewesen. Aber es war der massive Druck der Wirtschaft, die am liebsten nur die Verbraucher belastet gesehen hätte, die zu den Ausnahmeregelungen geführt hat. Und jetzt nutzen einzelne Wirtschaftsverbände die Beschwerden der Verbraucher, um erneut Vorteile zu erreichen.

Die ökologische Steuerreform ist keine Willkür, sondern ein sinnvolles Instrument, den zu teuren Faktor Arbeit zu entlasten und das knappe Gut Umwelt stärker zu belasten. Am Beispiel der Ökosteuer zeigt sich, ob die Bundesrepublik reformfähig ist. Das Verhalten der Lobbygruppen und der Opportunismus der Oppositionsparteien zeigt, wie schwer das aber ist.



50 Jahre Petitionsausschuss

Petitionsrecht – ein Grundrecht

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht und als solches seit 1949 in Artikel 17 der Verfassung verankert. "Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden", heißt es dort. Und die Bürgerinnen und Bürger nutzen es. In den 50 Jahren des Bestehens wurden insgesamt rund 4,5 Millionen Eingaben beim Petitionsausschuss eingereicht. Seit der deutschen Einheit hat sich die Zahl der Eingaben auf ca. 20.000 jährlich eingependelt, von denen allein ca. 30 % aus den neuen Ländern kommen.

Arbeitsweise des Ausschusses

Diese Zahlen machen deutlich, welches zusätzliche Arbeitspensum die 29 Mitglieder des Ausschusses (davon 13 SPD), die alle auch ordentliche Mitglieder in Fachausschüssen sind, bewältigen müssen. Ohne die ca. 80 zum Teil hochqualifizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Ausschusssekretariat wäre diese Arbeit natürlich nicht zu schaffen. Immerhin reicht das Themenspektrum von "Atombombe bis Zahnplombe". In unermüdlicher Kleinarbeit wird jede Eingabe geprüft, werden Stellungnahmen eingeholt, mit den Petenten korrespondiert, Beschlußempfehlungen erarbeitet, bis die Akten dann endlich den einzelnen Berichterstattern im Ausschuß zugeleitet werden können. Nun heißt es für die Berichterstatter: Akten lesen, sich mit den Sorgen und Nöten des Petenten auseinandersetzen und prüfen, ob der vorgeschlagenen Beschlußempfehlung zuzustimmen ist. In vielen Fällen bedeutet die Arbeit im Ausschuß mühsames Bohren dicker Bretter im Interesse der betroffenen Menschen. Dabei kann es

manchmal viele Jahre dauern, bis sich im Parlament etwas Grundsätzliches bewegt. So wurde z.B. zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts schon vor vier bis fünf Jahren eine Petition eingereicht mit 1,5 Millionen Unterschriften von Menschen, die eine Änderung wollten. Immer dann ist die Arbeit für die Ausschuß-Mitglieder frustrierend, wenn zum Beispiel auch in tragischen Fällen nicht geholfen werden kann, weil die bestehende Rechtslage es nun einmal nicht zulässt. Befriedigender ist es natürlich, wenn eine Petition mit einem qualifizierten Votum wie Überweisung zur Berücksichtigung oder Erwägung an die Bundesregierung abgeschlossen werden kann. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass seit dem Regierungswechsel zum einen eine größere Anzahl von Petitionen durch die rot-grüne Mehrheit im Ausschuss positiv entschieden wird, zum anderen die rot-grüne Bundesregierung im Gegensatz zur Vorgängerregierung eher bereit ist, diese Beschlüsse auch umzusetzen.

Nah am wirklichen Leben

In seiner Festrede zum 50-jährigen Geburtstag des Ausschusses stellt der ehemalige SPD- Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel fest, durch die Arbeit des Ausschusses sei das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen gestärkt oder wiederhergestellt worden. Der Vorwurf, die Politik entferne sich immer mehr vom wirklichen Leben, treffe dieses parlamentarische Gremium nicht. Mit dieser Feststellung sehen sich die Mitglieder des Petitionsausschusses in ihrem Engagement bestätigt.

| | | | |
|--|---|---|---|
| Bodo Seidenthal, MdB | Büro: Unter den Linden 50, Zi. 1073/75 Telefon: 030/227-7 38 66 | Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 28 | Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 51 75 |
| Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin | Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke | Ansprechpartnerin: Bärbel Mart | Ansprechpartner: Bernd Telm |

Zur CDU

Wolfgang Schäuble steht als Kandidat für den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zur Verfügung. Große Teile der Fraktion haben ihn unter Druck gesetzt, den Vorsitz von Partei und Bundestagsfraktion abzugeben. Dieser Vorgang ist auch als Putsch bezeichnet worden. Schäuble selbst war von der Einsicht, daß jemand, der das Parlament belogen und mit Schwarzgeld hantiert hat, nicht mehr die gebotene Glaubwürdigkeit besitzt, um an solch exponierter Stelle politisch tätig sein zu können, weit entfernt.

Es gibt keine Veranlassung, Wolfgang Schäuble im Nachhinein Absolution zu erteilen. Die Bedeutung Wolfgang Schäubles für den Deutschen Bundestag wird danach bemessen, ob und inwieweit er seine Kenntnis-

se über die Finanzschiebereien der CDU in den Dienst der Aufklärung stellt.

Die Finanzmanipulation der vergangenen Jahre waren Ausdruck eines fehlenden individuellen Unrechtsbewußtseins. Sie waren aber ebenso das Strukturproblem einer Partei, bei der innerparteiliche Demokratie unterlaufen und Transparenz de facto abgeschafft wurden. Auch wenn die CDU nach und nach ihr Führungspersonal auswechselt, kann sie aus der Verpflichtung, ihre eigene Aufklärungsarbeit zu forcieren, nicht entlassen werden. Der allmähliche Rückzug der Täter macht die Nachfolger noch lange nicht zu Opfern – auch wenn der designierte Fraktionschef der CDU, Friedrich Merz, einen solchen Eindruck gerne vermitteln will.

In eigener Sache

Ihr haltet nun das erste Exemplar der Berliner Notizen in den Händen bzw. habt es auf dem Bildschirm. Ich hoffe, es entspricht ungefähr Euren Vorstellungen. Um diese noch besser zu erfüllen, brauche ich natürlich ein Feedback: Gefällt Euch der Inhalt? Gefällt Euch die Form? Habt Ihr Interesse daran, die Notizen weiterhin zu bekommen, und wenn ja: in welcher Form? Für mich wäre es in vielerlei Hinsicht am günstigsten, wenn ich sie Euch zumailen könnte; dafür bitte ich all die, die dieses Exemplar per Post bekommen haben, aber auch über eine Email-Adresse verfügen, Katharina oder mir diese mitzuteilen.

Katharina ist Wolfgang Bubes Nachfolgerin. Er ist auf eigenen Wunsch in Bonn geblieben und genießt dort sein Leben als Vorruhe-

ständler. Viele von Euch haben schon mit Katharina telefoniert, hier nun einige Informationen zu ihrer Person: Sie ist gebürtige Hamburgerin, aufgewachsen in Schleswig-Holstein, hat in Konstanz Verwaltungswissenschaften studiert und ist begeisterte Neu-Berlinerin.

Hinweis: Die diesjährigen Berlinfahrten finden vom 6. – 7. Juli 2000 und vom 12. – 13. Oktober 2000 statt. Anmeldungen nehmen nur die Büros im Wahlkreis entgegen. Ich bitte Euch, dies in den Ortsvereinen rechtzeitig bekannt zu machen. Das Presse- und Informationsamt weist darauf hin, daß eine mehrmalige Teilnahme derselben Personen nicht gestattet ist.